

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Bauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bis 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drudrungen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Koblentz.

Nr. 120

Donnerstag, den 10. Oktober 1929

42. Jahrgang

Das Kapital der Weltbank.

Wo wird sie ihren Sitz erhalten?

Baden-Baden, 9. Oktober.

Die Richtlinien für die Bank für internationalen Zahlungsausgleich sehen ein Kapital im Gegenwert von 100 Millionen Dollar vor. Die Tagung hat diese Höhe jetzt ohne Ausnahme angenommen. Es entspann sich dagegen eine Debatte darüber, ob die Aktien an der Gründung der Bank beteiligten Notenbanken ohne weiteres gemeinsam die Garantie für dieses Kapital übernehmen sollten und damit die Gründung als vollzogen angesehen werden sollte oder ob jede einzelne Notenbank die Garantie lediglich für den dem einzelnen Lande aufzuliegenden Teil übernehmen sollte.

Hieran knüpft sich die Frage der Unterjochung für den einzelnen Aktien, ob alle sieben Notenbanken diese Unterjochung leisten sollten oder nicht. Weiter ergoß sich die Frage, wer die Garantie für die bis zur Höhe von 44 Millionen Dollar in anderen Ländern aufzuliegenden Aktien zu übernehmen habe. Alle diese Fragen blieben noch offen.

Es besteht demnach die Aussicht, zunächst die mehr technischen und juristischen Fragen zu erledigen. Man glaubt, hierzu auch kommen zu können, ohne die Frage des Sitzes der Bank (eines der Kernpunkte) zu erörtern. Die Statuten müssen dann später den Sonderbestimmungen des betreffenden Landes angepaßt werden.

Preussische Parlamentsarbeit.

Steuerfragen im Landtagauschuss.

Berlin, 9. Oktober.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages berät die Vorberordnungen über die Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer und die Gewerbesteuer.

Das neue Steuerprogramm wird erst Ende November oder Anfang Dezember zusammen mit dem Haushalt vorgelegt werden, nicht schon mit der Vorlegung des Youngplans. Deswegen sind Anträge auf Steuerermäßigung im Falle höherer Verschuldung und auf Niederlegung der Gemeindefiskalrechte bei Wohnungsbau und Siedlungen fanden keine Aufnahme. Ebenso wurde der Antrag angenommen, wonach die Zuschläge der Grundvermögenssteuer sowohl auf wirtschaftlichen wie auch auf bebauten Grundflächen gleichmäßig erhoben und rückwirkende Befreiungen auf Erhöhung der Grundvermögenssteuer unterbunden werden sollen.

Sowohl die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer 100 v. H. übersteigen und demgemäß in der geleisteten Miete nicht enthalten sind, sollen sie gekürzt und niedriger gehalten werden, wenn nicht Erhöhung und Niederlegung infolge Verlebens ohne Verschulden des Hauseigentümers erfolgt. Die Vorberordnung fand schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien Annahme.

Die Ansicht des Zentrums.

Präsident Kaas über Stresemanns Nachfolge.

Köln, 9. Oktober.

Im weißen Saal der Bürgergesellschaft fand die Herbsttagung des Provinzialauschusses der rheinischen Zentrumspartei statt. Die „Königliche Volkszeitung“ berichtet aus der internen Sitzung: Die Tagung war von dem Tode Stresemanns überlagert. Dies kam nicht nur in den warmen Worten aufrichtiger Teilnahme und Trauer zum Ausdruck, die Justizrat Mönig und Präsident Kaas dem hohen Entschlafenen widmeten, sondern auch in dem Umland, daß die vorgelegene Tagesordnung eine Veränderung erfuhr. Das Referat des Reichsministers Dr. Wirth über Youngplan und Weltprogramm fiel aus. Es sprachen daher an Stelle von Dr. Wirth Reichstagspräsident Eiser und Reichstagsabgeordneter Noos, während das Schlusswort der Parteivorsitzende, Prälät Kaas, selbst übernahm. Hierbei freilich Prälät Kaas.

Die Frage der Nachfolgerschaft Stresemanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Da in der Öffentlichkeit auch sein Name genannt worden war, ging er mit einigen Bemerkungen darauf ein und erinnerte an seine Worte auf der Wiener Zentrumskonferenz vom Frühjahr dieses Jahres, daß er es sich zur Aufgabe gesetzt habe, den Topf des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszufischen.

Er habe damals schon mit aller Klarheit herausgestellt, daß für ihn als Parteiführer die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage komme.

Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Idee, die Stresemanns Tod geschaffen habe, sei groß, und vielleicht sei sie innerpolitisch größer als außenpolitisch. Deshalb müßte das Zentrum bei der endgültigen Besetzung des vermalten Außenministeriums — mit welcher Person, lasse er ebenso ganz dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewähr für den inneren Bestand des Kabinetts in seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben böten.

Diese rein sachlichen Fragen seien für das Zentrum allein ausschlaggebend. Nur von diesem Gesichtspunkt aus würde das Zentrum an die Prüfung der Vorschläge des Kanzlers herantreten, müsse aber deshalb auch den Anspruch anmelden, bei der endgültigen Besetzung sachlich gehört zu werden. In der

Aussprache über den Youngplan kam zum einseitigen Ausdruck, daß ein endgültiges, abschließendes Urteil wegen der noch laufenden Verhandlungen, insbesondere wegen der noch ungelärten Saarkfrage, zur Stunde noch nicht möglich sei.

Demokratischer Parteitag.

Tagung in Hebelberg und Mannheim.

Berlin, 8. Oktober.

Der Auftakt für den Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei bildete eine öffentliche Kundgebung, die im Saal der „Harmonie“ in Hebelberg stattfand. Auch diese Kundgebung fand unter dem Eindruck des plötzlichen Hinscheidens von Stresemann. Der preussische Finanzminister Höpfer-Alhoff widmete dem plötzlich gestorbenen Außenminister einen herzlichen Nachruf, den die Versammlung lebhaft anerkannte.

Er ging dann auf die Erörterungen der Außenpolitik über und nannte die Demokratische Partei, die Staatspartei der Deutschen Republik.

Die Hauptverhandlungen des Parteitages fanden dann in Mannheim statt, wo der Vorsitzende Koch-Weser in der Hauptsache den politischen, Reichsfinanzminister Dietrich-Baden den wirtschaftlichen Teil als Referenten bestritten. Den Eröffnungsbeitrag hatte in bekannt geistvoller Art Frau Dr. Gertrud Schärer gehalten. Aus dem vom Hauptgeschäftsführer Dr. Relebold erstatteten Delegationsbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliedszahl der Partei die nicht gerade imponierende Zahl von 113 323 beträgt. Aus den

Entschließungen des Parteitages

ist besonders hervorzuheben:

„Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei stimmt die Reichsregierung, auf die deutsche Reichsregierung anzuwirken, daß sie, entsprechend der Entschließung des Reichstages bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklich dafür einsetzt, daß der Einfluß des Reiches auf die deutsche Reichsbahn weitgehend vergrößert und seiner Bindung angelehnt wird, die vieler im Interesse des Volksgutes zu erhebenden Forderungen entgegensteht.“

„Die Freigabe der überschüssigen Dividendenanteile ist eine wichtige Vorbedingung für eine völlige und dauerhafte Beseitigung zwischen Deutschland und England.“

„Die Deutsche Demokratische Partei hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollschranken abzuräumen und die Handelsverträge aufzuheben.“

„Die Deutsche Demokratische Partei begrüßt den Beschluß des Reichstages vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und Auswährverbot.“

Was wir leisten und die anderen . . .

Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 9. Oktober.

Aus einer Darstellung, die das Reichsarbeitsministerium über den gegenwärtigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung gab, geht hervor, daß durch die neuen Bestimmungen der jährliche Fehlbetrag im günstigsten Falle um 100 Millionen Mark vermindert wird. Da der Fehlbetrag bisher rund 280 Millionen betrug, so bleibt noch ein Fehlbetrag von 180 Millionen.

Es gibt in Deutschland 17 Millionen Versicherungspflichtige (in England 12, in Rußland 11, in Italien 8,5). Die Einnahmen der für die Versicherung in Betracht kommenden Staaten betragen sich in Deutschland im letzten Jahre auf 855 Millionen Mark (in England 880, in Rußland 110, in Italien 40 Millionen Mark). Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung betragen im letzten Jahre in Deutschland 1065 Millionen Mark (in England 1000, in Rußland 250 Millionen Mark, Italien unbekannt). Unterzählt wurden aus diesen Beträgen in Deutschland im letzten Jahre 1,3 Millionen Arbeitslose (in Rußland von 1,4 Millionen Arbeitslosen nur die Hälfte). In Deutschland erhält ein Arbeitsloser monatlich rund 67 Mark (in Rußland bestenfalls 36 Mark).

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft auch die höheren und leitenden Angestellten bis zur Gehaltsgruppe von 8400 Mark in die Versicherung mit einbezogen werden.

Arbeiterbeschäftigung bei Reichsbahn-Bauten.

Bedeutung der Differenzen.

Berlin, 9. Oktober.

Der Preussische Volkswohlfahrtsminister hat in einem Erlass mitgeteilt, daß mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit der preussischen Polizeiverordnungen betreffend die Beschäftigten über den Arbeiterbeschäftigung bei Bauten der Reichsbahn bestehen. Die Deutsche Reichsbahn behauptet, daß die

Es ist bestimmt kein schönes Schauspiel, daß die Reichsbahn sich von der Polizei in Strafe nehmen lassen will, anstatt die Vorschriften über Arbeiterbeschäftigung zu beachten.

preussischen Polizeibehörden nicht befugt seien, durch Polizeiverordnungen mit Wirkung für die Reichsbahnbauten Arbeiterbeschäftigungsbestimmungen vorzuschreiben. Der Minister für Volkswohlfahrt bezieht im Einvernehmen mit den Ministern für Handel und Gewerbe diese Auffassung. Derartige Polizeiverordnungen hätten auch Wirkung für die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

In einigen Fällen sei die ihm, Minister, Klage geführt worden, daß bei Reichsbahnbauten nicht den preussischen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter auf Bauten (insbesondere beim Gerüstbau) Rechnung getragen worden sei. Ebenso sei in Verträgen anderer Unternehmer mühe auf diesen Verträgen auf Grund der preussischen Rechtsauffassung eingeschrieben worden. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft will die Meinungsverschiedenheiten in einem Strafverfahren zur höchstgerichtlichen Entscheidung bringen. Deshalb empfiehlt der Minister, falls tunlich, in solchen Fällen die Anwendung einer polizeilichen Strafverfügung.

Mammuthbank nach Schule.

Der Wiener Bankenzusammenschluß.

Wien, 9. Oktober.

Dem Fallbeispiel der Berliner Großbanken ist jetzt auch Wien gefolgt, wo die beiden größten Kreditinstitute Deutsch-Oesterreichs sich zumammenschließen beabsichtigen. Die Durchführung des Zusammenschlusses der beiden Wiener Großbanken auf Grund eines Vorvertrages gilt als vollkommen gesichert. In einem der nächsten Tage wird der Verwaltungsrat der Kreditanstalt die notwendigen Beschlüsse fassen. Die Geschäfte der Bodenkreditanstalt werden unter Garantie der Kreditanstalt fortgeführt. Die Kreditanstalt dürfte ihr Kapital um 30 bis 40 Millionen Schilling erhöhen. Davon werden etwa 11 Millionen Aktien zur Durchführung des Aktienausstausches mit der Bodenkreditanstalt notwendig sein. Die Kapitalerhöhung wird durch eine Gruppe erfolgen. Ferner werden schon in der nächsten Zeit neue auswärtsliche langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Innershalb der beiden Industriezweige, die durch den Zusammenschluß der beiden Großbanken zusammengefallen, dürfte eine Reihe von Zusammenlegungen zwischen Unternehmungen der gleichen Art stattfinden. Dies gilt für die Automobilindustrie, die Lokomotivindustrie sowie für die Wasserbauunternehmungen. Unter den Großaktionären der Bodenkreditanstalt befinden sich zahlreiche Ausländer, darunter vor allem die großen Finanzgruppen Morgan, Schröder, Salomon, Großaktionäre ist aber auch die Wiener Reichspostparastelle, die ihren einzigen Besitz an Aktien der Unionbank gegen etwa 170 000 Bodenkreditaktien eingetauscht hat.

Diese Aktien notierten zur Zeit der Übernahme im Jahre 1927 etwa 144 Schilling. Sie sollen auf ein Zehntel entwertet werden. Die „Neue Freie Presse“ glaubt zu wissen, daß der Entwertung dieses Aktienpakets, soweit dies durch die letzten Ereignisse bedingt ist, durch entsprechende Maßnahmen begegnet werden soll.

Macdonald in Amerika.

Die weltpolitische Bedeutung des Besuchs.

Newport, 8. Oktober.

Der englische Premierminister ist nach dem begeistertsten und lärmenden Empfang, mit dem er in Newport begrüßt und geehrt wurde, alsbald nach der Bundeshauptstadt weitergereist und hat sofort seinen Antrittsbesuch bei dem Präsidenten Hoover gemacht. Für

die verfräglichste Ansprache zwischen den beiden leitenden Staatsmännern der großen anglo-amerikanischen Rivalen steht aber selbst die fetterliche Rede Washingtons noch nicht fest genug, denn Präsident Hoover hat seinen Gast sofort auf seinen Wohnsitz eingeladen, wo er mit Macdonald dem Newporter jubeln wird. Man erinnert sich, daß dieses Vergnügen eine Lieblingsbeschäftigung mehr als eines Staatsmannes anglo-amerikanischer Herkunft ist, und man weiß, daß die Kopie, die sich bei dieser Beschäftigung ausrichten, nebenbei

keineswegs immer die schlechtesten politischen Gedanken zutage gefördert und in die Tat umgesetzt haben. Die Wohnunterhaltung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Kabinettschef freilich wird, so sehr sie die Stille lockt, alle andere zur Folge haben, als eine politische Geheimhandlung oder eine politische Genialität.

Der Führer der englischen Arbeiterregierung hat, wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch bei seiner Landung in Newport betont, daß er die Aufgabe zeitgenössischer internationaler Politik nicht in der Vereinbarung von Bündnissen zwischen einzelnen Staaten sehe, sondern in der Zusammenfassung aller positiven Kräfte der politischen Welt für die Sicherung des internationalen Friedens und der friedlichen, freundschaftlichen Entwicklung.

Er wie Präsident Hoover vertrieben sich von einem bielen Ziele zutreffenden Hand-in-Hand-ganges Englands und Amerikas den stärksten Antriebe für eine solche Entwicklung der Welt, und wenn es gleichwohl zunächst nötig ist, als Vorstufe zu dieser Entwicklung gewisse englisch-amerikanische Vereinbarungen zu schließen, so liegt auch deren Ziel offen zutage. Es handelt sich um

die Ausräumung der Mißverständnisse, die durch die verfehlte Flottenpolitik der konservativen englischen Regierung zwischen den beiden Staaten und Völkern entstanden sind und angefohrt der aufrichtigen Bereitschaft in London wie in Washington wird diese Aufgabe einfacher zu lösen sein, als wenn die Falschheit und Leichter Schwereitungen macher. Diese Klärung und die durch sie folgende englisch-amerikanische Verständigung wird alsbald den Weg frei machen für die Beilegung von Mißverständnissen und Spannungen, die nach anderen Seiten hin bestehen.

Es liegt die weltpolitische Bedeutung des englischen Besuchs in Amerika keineswegs nur in der Knüpfung engerer Bande zwischen den beiden angelsächsischen Staaten, sondern in dem moralischen Antriebe, und in der praktischen Förderung, die von hier aus der große Gedanke des weltlichen und wirtschaftlichen Ausgleichs erhalten wird. Diese Aussicht macht die geleistete Anteilnahme verständlich, mit der die Völker dreier Kontinente in diesen Tagen nach Washington blicken.

Die Verhandlungen mit Polen.

Polen besteht auf Klärung der Schweinefrage.

W Warschau, 8. Oktober.

Die hiesige Presse veröffentlichte eine gleichlautende Erklärung zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, in der es u. a. heißt, daß von deutscher Seite die Absicht bestehe, einen sogenannten Rahmenvertrag auf der Grundlage der Weitzbegünstigung abzuschließen, wobei die Frage der Schweineausfuhr nach Deutschland und verschiedene andere Sonderfrage mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben sollten.

Die Forderung der Aufhebung der Schweinefrage als Schlüssel eines vorläufigen Vertrages wurde jedoch, wie es in der Erklärung weiter heißt, auf eine einmütige Kritik gezogen, umweshalb, als bekannt sei, daß die Schutzmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft an und für sich schon die polnische Ausfuhr schwer behinderten. Außerdem sei die Klärung der Frage der Schweineausfuhr bekanntermaßen eine unumgängliche Voraussetzung für ein Wirtschaftsabkommen mit anderen Ländern, die dieses Ereignis einführen. Vor allen Dingen beziehe sich das auf Deutschland, das, wie man wisse, eine energische Industrieausfuhr nach Polen leite.

Enthüllung der Lage in Rumänien.

Regenischafsrat Budjagan gestorben.

Z Bukarest, 8. Oktober.

Der Regenischafsrat Budjagan ist an den Folgen einer Nervenvergiftung gestorben. Budjagan ist 62 Jahre alt geworden. Er wurde in Jofania geboren und erreichte die höchste Stufe der Beamtenlaufbahn in Rumänien: er war Präsident des Kassationshofes. Im Jahre 1927 wurde er Mitglied des Regenischafsrates. Der Vizepräsident Miron Cristian ist ebenfalls von seinem Posten als Mitglied des Regenischafsrates zurückgetreten.

Die Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. In Bukarest ist die Ordnung seit zwei Tagen in Normalverfassung. Die Enttarnung der Verschwörer in Rumänien wird nach dem Tode Budjagans den Hauptgegenstand der politischen Beratungen bilden. Verfassungsgemäß hat das Parlament innerhalb von fünf Tagen zusammenzutreten, um über die Klärung einer Verfassung herbeizuführen. Man weiß noch nicht, ob es zu einer Ersetzung oder zu einer günstigen Umgestaltung des Regenischafsrates kommen wird. Verfassungsgemäß wird die Macht der Staatsgewalt an die Regierung übergehen. Es ist ohne Zweifel, daß der Tod Budjagans und der Rücktritt Miron Cristians von größter politischer Tragweite für Rumänien sind.

Der neugefaufte Staat.

Ein bislang unerprobtes Experiment.

Z Belgrad, 9. Oktober.

Die Diktatur in Jugoslawien hat durch das Kabinett Zivomirich jetzt ihr erstes großes Reformgesetz herausgebracht. Es bringt, rein äußerlich gesehen, zunächst eine Unterteilung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“.

Dieser Name des Staates verschwindet. Es gibt künftig nicht mehr ein aus drei Stämmen zusammengesetztes Königreich, sondern ein einheitliches Königreich Jugoslawien. Dieser einheitliche Staatsname ist ein Symbol. Die Dreiteilung soll verschwinden, es soll ein einheitliches Reich existieren — allerdings ein Reich, das wiederum zerlegt wird in eine Anzahl Bezirke mit einer gewissen Selbständigkeit. Man hat das gelamte Land in neun Banaten eingeteilt, die nicht mehr die historischen Stammesnamen tragen, sondern nach den Städten genannt sind. Die Jugoslawen dürftigsten. Als zehnter Verwaltungsbereich steht neben den neun Banaten die autonome Verwaltung der Hauptstadt Belgrad.

Die Grenzen der Verwaltungsbezirke herabzusetzen war die Stammesgemeinschaften, schließen sich eng an die altserbische Kroneabteilung ein, aber sie vermeiden doch eine Stammesgesetzliche Föderalisierung.

Darauf stützt es sich, wenn dieses Reformgesetz der diktatorischen Regierung bei den einzelnen Stämmen scharfe Kritik gefunden hat. Vor allem bei den Kroaten ist man böshf angetrieben, weil wesentliche Teile der kroatischen Bevölkerung anderen Bezirken zugewiesen worden sind. Aber man beanstandet auch, daß der Leiter der künftigen neuen Verwaltungsbezirke, der Banus, keine Vollvertretung zur Seite hat, daß seinem Bestimmungsbereich die Polizei und das Militär entzogen sind. Militär und Polizei werden im gesamten jugoslawischen Staat künftig zentral von der Regierung aus verwaltet, so daß sie ein zuverlässiges Machtmittel

den einzelnen Verwaltungsbezirken gegenüber in der Hand behält. Es wird in Regierungskreisen zwar behauptet, daß das Gesetz Geleis nur einen Rahmen darstellen soll, und daß später daran gedacht ist, frei gewählte Banatlandtage einzuführen, über denen ein allgemeines jugoslawisches Parlament stehen soll. Aber man weiß, daß solche Verfügungen, fast von allen diktatorischen Regierungen

abgegeben werden, und bei einem großen Teil der Einzelstämme Jugoslawiens hat man in dieser Hinsicht einen jenseitigen Vertrauen, als durch das neue Gesetz die Durchführung von Vereinen und Organisationen, die den Stammesnamen tragen, unmöglich gemacht wird.

Im ganzen genommen ist also der Versuch der diktatorischen Regierung, durch eine Zentralisierung des Staates zum Einheitsstaat zu kommen, ein Experiment, dessen Erfolg abgewartet werden muß.

Aus dem In- und Auslande.

Einmarsch gegen Russisches Angebot an Polen.

Warschau, 9. Oktober. Gegen das vom deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kaulfers, gemachte Vertragsangebot von 200—350 000 Tonnen für ein politisches Kohlenkontingent haben die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des obersteleischen Bergbauwesens gemeinsam Einmarsch erhoben und darauf hingewiesen, daß für ein derartiges Angebot entsprechende politische Zugeständnisse auf dem Zollgebiet und einem reinen Weitzbegünstigungsvertrag nicht egeben.

Gödingen kauft sich benachteiligt.

Warschau, 9. Oktober. Der „Kurier Gernomy“ macht der polnischen Industrie in ihrer Form den Vorwurf, daß sie den Gödingen Polen und die polnischen Staatsbahnen sabotiere, indem sie ihr Rohmaterial über Deutschland beziehe. Die polnischen Verbraucher der Gödingen Waren hätten keine Ursache, den deutschen Waren und den deutschen Eisenbahnen durch Vermittlung ihrer eigenen Legation jährlich etwa 200 Millionen Zloty zu zahlen. Die Sammelleistung müsse in Zukunft über Gödingen gehen.

Umwidmung des französischen Kabinetts?

Paris, 9. Oktober. Der „Excelsior“ befaßt sich mit den jüngeren politischen Lage, die die französische Kammer bei ihrem Zusammentritt am 22. Oktober vorfinden wird. Eine große Bedeutung kommt der radikalsozialistischen Tagung in Reims zu, auf der darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob die Radikalen bereit sind, sich einer Konsortationsregierung anzuschließen, oder ob sie in der Opposition verharren wollen.

Gesand der Araber Palästina an Frankreich.

London, 9. Oktober. Der arabische Pal in Palästina hat nach Jerusalem Meldungen von den früheren Obersten Richter in Palästina, Sir Thomas Dargatz, ein Telegramm geschickt, in dem er angefordert wird, die arabische Sache vor dem Unterhandlungsausschuß zu vertreten. Sir Thomas Dargatz wurde freigesetzt, ferner ist ein geeigneter Rechtsanwalt mit der Vertretung der Araber zu betrauen. Sir Thomas Hogcraft war von 1921 bis 1927 oberster Justizbeamter in Palästina.

Steuererleichterung in Frankreich.

Paris, 9. Oktober. Der Entwurf des Generaldirektors der Finanzkommission der Kammer, Chappedeleine, über die geplanten Steuererleichterungen sieht eine Ermäßigung der Einkommensteuer von 10 auf 12 v. H. vor. Zum Schutz der kleinen Sparer sollen gewisse Nachfolge- und Erbrechte unter neuen Verordnungen vermindert werden. Industrie und Handel soll eine Erleichterung durch Herabsetzung der Grundsteuer von 18 auf 16 v. H., der Steuer auf industrielle und laumännliche Gewinne von 15 auf 12 v. H., der landwirtschaftlichen Gewinne von 12 auf 10 v. H., der Wertpapiersteuer von 18 auf 10 v. H. erfahren. Ferner soll die Zugsindustrie, was unter anderem das Hotelwesen und die Automobilindustrie gehören, Steuererleichterungen erfahren.

Kleine politische Meldungen.

Harzmann stellt sein Angebot an Polen zurück. Die Vertreter Harzmanns sollen mitgeteilt haben, daß der Konzern sein Elektrizitätsangebot für Polen zurückzieht.

Verlagerungsausschuß in Tzsis aufgehoben. Im Gebiet von Tzsis ist der Verlagerungsausschuß aufgehoben worden, in Tzsis und Jaisa dagegen bleiben die bestehenden Beschränkungen vorläufig noch in Kraft.

Der neue Obersteleischer in der Nordmandschurei. Die chinesische Regierung hat die Obersteleischer zum Obersteleischer der chinesischen Streitkräfte in der Nordmandschurei ernannt.

Eine neue chinesische Note an Rußland. Die chinesische Regierung hat in einer russischen Revue wegen der angeblichen Verletzungen von russischen Staatsangehörigen erklärt, daß in China von einer solchen Verletzung nichts bekannt sei.

Aus der Umgegend.

Nebra, 10. Oktober.

Personalien. Aus Bammerstrod: Am 1. Oktober ist Herr Kollmar in den Ruhestand getreten. Dazert: Ehrensenator Hermann Schroppe ist hier zum Regierungsratspräsidenten zum ehrenamtlichen Vorstand ernannt. Wendelein: Es sind ernannt zum Vorsitzenden des Schulsenats des Kreisgerichts Land in Wendenstein und zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Wundrow in Wendenstein. 23. Oktober: Auf die Dauer seiner auftragsweligen Beschäftigung ist Schulamtsverwalter Herr Kom. Kommissarischer Schulverwalter des hiesigen Schulamtsverwesers ernannt. — In dem Schuldienste sind auftragsweligen beschäftigt: der Schulamtsverwalter Herr Wundrow als Vertretung mit der Verwaltung einer Lehrstelle (Stelle Wahrenholz) in Godes; Volkand in Krukenburg (Lehrer- und Organisationsstelle, bisher Wachsamt), Golt in Jischelitz (Lehrer- und Rührstelle, bisher Stürmer), Gebcke und Schulze in Nebra (Lehrstellen). Ergänzt angeheilt: Werner Scholmann, bisher einseitig, als Lehrer und Rührer in Nebra, Diege als Lehrer in Oberhamon, Herrmann Hubbe, bisher einseitig, als Lehrer in Godes, Karl Weische, bisher auftragsweligen, als Lehrer in Mielchen. Versetzt sind: Lehrer und Kantor Wachsamt aus Stückenburg, Lehrer und Kantor Stürmer aus Jischelitz, Lehrerrinnen Martha und Clara Kregel aus Nebra und Halle a. E. Aus dem Schuldienste des Regierungsbezirks Wendenstein sind ernannt Schulamtsverwalter Herr Wahrenholz als Godes behält Übernahme einer Stelle im Schuldienste der Stadt Wertha.

Ein neuer Vorkurs. Vor einiger Zeit konnten wir von Autofahrern in Gestalt von hart zusammengepackten Krampen, die über die Chauffeur fahrer hinter Jügelrolle geworfen waren, berichten. Heute wird uns nun mitgeteilt, daß in der vergangenen Woche auf derselben Chauffeur, welche Einbauer Göttsch, die vorausichtlich den Strohenbauarbeiten gehört, quer über die Straße gestellt wurde. Wie leicht können Inossen von Autos durch einen solchen Streich in Lebensgefahr gebracht werden. Um derartigen Unfällen vorzubeugen, wäre es angebracht, wenn die Strohenbauarbeiter in Zukunft die Karren durch Ketten an Bäumen angeschlossen, wie man es auf anderen Landstrassen auch wiederholt findet.

— Beginn der Blizzeit. Die Blizzeit hat wieder begonnen. Der Regen der letzten Tage hat die Blizze, besonders den Champignon, aus der Erde schießen lassen. Sein Ausbruch auf den abgewendeten Werten, auf denen er in Gesellschaft vorwärts, geht ferner. Beim Wachsen adle man besonders auf die Kamellen an der unteren Seite, die nicht wie beim gütigen Champignon weiß, sondern blaß und älteren Schimmeln darunter sind.

Barfisch bei Bestellungen.

In verschiedenen Orten haben in letzter Zeit Kravittenschen vorgebrochen, die auf Bilder Bestellungen annehmen. Die vorgeordneten Leute legen ihren Kunden (meist mehreren Frauen) nach Abschluß eines Geschäftes gedruckte Formulare vor. In den Formularen stehen aber ganz andere Bedingungen, als bei der gedächlichen Besprechung ausgemacht worden waren. Z. B. steht eine Bemerkung darunter: „Unternehmens(r) verpflichtet sich gleichzeitig zur Entnahme eines Bilderrahmens zu dem Bilde, lieferbar von unserer Firma. Der Preis eines Rahmens beträgt 100 bis 200 RM. Muster werden später vorgelegt.“ Ohne diesen wichtigen Satz zu lesen, geben die Besteller — besonders Bestellerinnen — ihren Namen abzugeben unter das Formular und verpflichten sich zur Entnahme eines solchen teuren Rahmens. Wir raten eindringlich: „Unterfahre nichts, wenn du nicht vorher Wort für Wort gelesen hast.“

Nagelben. [Wolfsbegehren gegen Youngplan]. Der Dränsauschuß für das Volksbegehren hatte für Dienstagabend eine öffentliche Beratsung einberufen, in welcher der Schriftsteller Böhm, Halle über „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Youngplans“ sprach. Der Redner führte die Befürchtung noch einmal zurück in die Zeit des 1. August 1914, der ein geordnetes Volk war. Leider dauerte die Einigkeit nicht lange, die Parteifunktionäre sorgten bald dafür, daß die vernünftigen Parteigenossen nicht erstanden, um ihre Zustimmung zu erhalten. Diese Grenzen haben sich verschärft und betrieft bis auf heutigen Verfassung. Dies ist das Grundbede, das es dem Feindbunde ermöglicht hat, mit dem deutschen Volke zu unversöhnlich, wie wir es in der 10-jährigen Friedenszeit erleben mußten. Die einzelnen Lebenskategorien am Wege bis zum Youngplan — Verfall, Span, London, Genf, Locarno, Dawesplan usw. hätten diese eine Steigerung der uns auferlegten Lasten gebracht und nun im Youngplan ihre Krönung gefunden. Die Vorrede, die angeblich fertige, festschreibende folgende Zahlen: Im Preisvertrag in die Debatte geworfen 25 Milliarden; Verfall 105 Milliarden, nicht festgelegt in der Hoffnung, später noch mehr herauszufinden. Die Hoffnung erfüllte sich in London: 132 Milliarden. Und nun im Youngplan 114 Milliarden, ohne die gezahlten Milliarden, und 8 Milliarden Dawesplan. Zeit, fortzuschreiten: Verfall bestimmt ein Verfallsgeld, also bis 1950, Dawesplan bis 1961, Youngplan bis 1988. Um die Dawesplan von 8 Milliarden aufzubringen, mußten wir 15 Milliarden Schulden mit einer Zinslast von 1 Milliarde 400 Millionen. Gest der Dawesplan als Verfall und an den Verfallsgeld gebunden, ist dies beim Youngplan nicht der Fall, denn er steht ohne Verfallsgeld, statt in Mark, in Gold und Devisen zahlbar. Die Millionen, die man uns als Erleichterung schenkt, müssen auf andere Art und Weise wieder abgefordert werden. Ob wir zahlen können oder nicht, zahlen müssen wir und wenn Deutschland zu Grunde geht. Die Bäumung, die jetzt erfolgt, wird auch ein Erfolg angehen, aber in Wirklichkeit war diese im Friedensvertrag nach 10 Jahren sowieso vorgehen. Wir müssen den Weg der Wahrheit erkennen und die Wahrheit erfahren, um es nicht zu spät zu kommen. Die Annahme des Youngplans werden bald führen, daß das deutsche Volk der Verfallung und Verelendung anheimfalle. — Nach ihm sprach Professor Wolf. Seine fungen aber klaren Ausführungen beleuchteten die schweren Folgen, die aus einer Durchführung des Youngplans der Wirtschaft entstehen, wie ein Verfall nach dem andern vom ausländischen Kapital verschluckt wird. Die Folge davon wird verschärfte Arbeitslosigkeit und schließlich allgemeiner Verfall sein. Auch ein großer Teil derjenigen, die für die Annahme des Youngplans sind, müssen, daß eine Erfüllung vollkommen unmöglich wäre, trotzdem wären sie bereit, ihre Unterfertigung zu geben. Soweit dürfte sich das deutsche Volk nicht erheben, daß es sich freigeht einer Entscheidung aus dem Wege geht und ein falsches „Ja“ gibt, um sich wieder eine Momentpause von einigen Jahren zu erlauben, zu erlauben mit seinen letzten Werten, die es noch besitzt. Deshalb sei es Pflicht jedes christlichen Deutschen, den Kampf gegen den Youngplan zu führen. — Herr Wundrow sprach anschließend über die immer noch auf uns laufende Lüge von der Schuld Deutschlands an Weltkrieg. Das Volksbegehren steht im Paragraph 1 des eingetragenen Gesetzes den Widerspruch gegen diese schändliche Art Lügen des Feindbundes vor. Der Kampf gegen die Schuldfrage müsse mit aller Macht weitergeführt werden, um diese Schmach, auf der der ganze Vertrag von Versailles ruht, dem deutschen Volk zu nehmen und damit den ganzen Schandfriedensvertrag zu Fall zu bringen. Deshalb gelte es, geschäftlich einzutreten für das Volksbegehren. Alle drei Redner fanden ein außerordentliches Publikum, das ihnen für ihre Ausführungen reichen Beifall spendete.

Mielchen. Durch Beschluß des Staatsministeriums sind die Orte Göttsch, Cuthagen, Jorkau, Jügelitz und Wärenberg mit der Stadtgemeinde Mielchen vereinigt worden. Die Stadt Mielchen wird hierdurch die größte Stadtgemeinde im Kreise Dazert, denn ihre Einwohnerzahl erhöht sich durch Eingetragenen obiger Ortsteile von 2650 auf über 7000, das Stadtgebiet vergrößert sich von bisher 5800 auf nahezu 10 000 Morgen.

Helra. Aufschier Ebene. Ein junger Burche aus Hennob, der vor einiger Zeit einen zehnjährigen Mädchen den Lohn des Vaters und zweier anderer Bergarbeiter entziehen hatte, wurde vom Verfallshausbesitzer in Mielchen gefaßt. Es ermittelt. Der Täter gab bei der Vernehmung zu, daß er öfters auch einzelne Teile von Frauenhand gefohlen hatte. Ferner hat er Arbeitskollegen die Lohnarten gestohlen und das Geld dann taufert. Das Geld hat er dann mit „jungen Damen“ durchgebracht.

Gezähl. Französisch hat Raffee. Beim Feldarbeiten wollte der Wärdige Landwirt Dräger aus einer Karfeseckische Karfese trinken. Er quill jedoch die daneben stehende Flasche mit Französisch und trant daraus Bierdruck erlitt er schwere Verletzungen im Magen, die ihn alsbaldigen Tod herbeiführten.

Wendenorf. Der „Schach“ im Ader. Bei Feldarbeiten fand man hier einen Feinm, der die Jahreszahl 1846 und das Münzzeichen A trägt. Auf der anderen Seite befindet sich eine Krone mit der Aufschrift „300 einen Zaler“. Offenbar ist er ein Feinm, der „Schach“ für den Feinm als rechter Geldstück.

Wettin. Mit beiden Armen in das Gefährliche geraten. Der Wärdige Albert Hennis erlitt einen schweren Unglücksfall, indem er mit beiden Armen in das Getriebe seiner Mühle geriet. In schwererletem Zustand wurde H. in eine Sanitätsklinik gebracht.



MAGGI'S WÜRZE
hilft in der Küche sparen!
Schon wenige Tropfen geben Suppen, Soßen, Gemüsen, Salaten kräftigen Wohlgeschmack.

Eisenach. Um das Reichsarchiv zu verlegen, hier trat letzter Tage der Reichsausschuß für das Reichsarchiv unter Führung von Geh. Rat Dr. Professor Bobo Ehardt an, um das lehrreiche von Eisenach vorgeschlagene Gelände und die Umgebungen zu besichtigen. Die Kommission setzt aus Architekten und Künstlern Professor Dr. Kreis, Professor Dr. Detmann, Professor Holzer, Dr. Kiehl (Haupt) und besteht aus die anderen in die engere Wahl gezogenen Projekte. Sie kam von Bad Berka und verließ die Reise zum Rhein fort.

Schmaltdalen. Mit dem Beil wird „geflüchtete“ Familienwillkür geübt, da der Vater die Tochter als eine Frau mit ihren Schwestern mit einer hochgehenden Fluthe lobend und ihm den Kopf dermaßen zerlegt, daß der 20jährige junge Mann schwere Verletzungen davontrug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auch der Vater nahm gegen seinen Sohn Partei und brachte ihm mit einem Beil eine Wunde im Gesicht bei.

Amenau. Zum Bürgermeistersonnabend über den Verbleib der Affen, die die Verletzung des ersten Bürgermeisters Hinz in den Marienland betrafen, gab Bürgermeister Bindemann in einer Erklärung dargelegte Aufschluß, daß die Affenorgane von ihm vor etwa einer Woche zur Sichtungnahme an das Ministerium des Innern nach Weimar geschickt worden seien. Bedauerlich sei es, daß es ihm so schwer gemacht werde, sein Amt in Vertretung des ersten Bürgermeisters pflichtgemäß zu führen. Wenn es so weitergehe, so ließe die Auflösung des Stadtrates vor der Z. Urteilsfälle Erwägungen darüber schweben bereits.

Wafungen. In der Nacht zum Montag sprang ganz unversehrt ein flacker Hirsch aus dem Staatswald auf die Landstraße zwischen Schwellingen und Wafungen a. d. Werra gerade in dem Augenblick, als das mit drei Personen besetzte Automobil des Kaufmanns Hermann Landgraf aus Wafungen mit großer Geschwindigkeit die Straße passierte. Der Zusammenstoß war furchtbar; der Automobilist überlebte und wurde den 27 Jahre alten Fahrer W. Schmidt aus Wafungen. Der dreißigjährige Fahrgast Fritz Schneider erlitt einen doppelten Schenkelbruch und mußte auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Wägen des Hirsches brach beide Beine und stieg auf dem schmerzlichen Verbleiben ab.

Leipzig. Man vergesse sich an einer Trauerflagge. Nachts ist aus Anlaß des Todes des Reichsaussenministers vom mexikanischen Konsulat in der Karstraße halbseitig gehißte Konsulatsflagge (grün-weiß-rot mit Wappen) von unbefugten Tätern zerissen und ein Teil davon entwendet worden. Politische Gründe gehen vermutlich aus.

Leipzig. Die Erhaltung des alten Johannesriedhofes ist seit vielen Jahren eine der vornehmsten Aufgaben vieler Freunde der Stadtgeschichte Leipzigs. Besonders der „Verein der Geschichtsfreunde“ hat sich für das Weiterleben des alten Friedhofes seit Jahrzehnten eingesetzt und wozu ihm bei dem Stadtrat des Grafen v. Maltzahn dahin gewirkt, daß dieses alte Friedhofes so weit wie möglich unangetastet bleibe. Augenblicklich besteht die Gefahr, daß der alte Johannesriedhof aus verkehrstechnischen Gründen eine weitere Umgestaltung erfährt, als nötig ist. In einer Eingabe an den Rat tritt der „Verein für die Geschichte Leipzigs“ unter Führung des Biergastwirts Johanners Rudolf Dimpfel für eine Umgestaltung des alten Johannesriedhofes zu einem Ehrenfriedhof ein, der eine neue Sehenswürdigkeit Leipzigs werden könnte.

Aus Nah und Fern.

Burg. Ein Fürtörgezwilling „rät“ sich. In der Nacht zum 6. August 19. Es ging die große Scheune des Dresdener Wägenbauers in Schlagenthin in Flammen auf. Futtermittel in großen Mengen wurden vernichtet. Während die Feuerwehr und die Einwohner im Schweiß ihres Angesichts arbeiteten, um die Wohngebäude zu erhalten, räum nicht weit von der Brandstelle ein junger Bursche und Ignorant die Scheune an. Das Feuer wurde durch Brandstiftung entstanden sein konnte, letzten jedoch die Ermittlungen des Oberlandjägers Erbing ein. Dieser sagte schon am nächsten Tage den jungen Burschen, der in der Brandnacht von weitem dem Wägen des verheerenden Elements zugehört hatte. Es war der Wägen der Wägenbauers Wägenbauers, der sich nach dem Brand sofort zu dem Feuer angelegt zu haben. Otto Bähr war aus der Fürtörgeantalt Ende bei Halle, in der er schon früher gekommen war, ausgerückt, weil er Gehilfen nach seinem Heimatort hatte. Nach vierstündiger Wanderung landete Bähr Anfang August in Wogdenburg. Dort war gerade Schützenfest. Der große Trübel erleichterte Bährs einen Fürtörgeantalt. Mit dem geliebten Rabe landete Bähr am nächsten Tage in Schlagenthin. In der Wohnung seiner Mutter fand er einen ihm fremden Mann als Stiefvater und vier ihm fremde Kinder als Stiefgeschwister vor. Er verzicht sofort wieder das Haus und wollte in die Fürtörgeantalt zurückkehren. In Warten besah er sich wieder eines anderen und wanderte nach Schlagenthin zurück. Dabei gedachte er seiner treulosen Jugend in der Fürtörgeantalt und es kam ihm der Gedanke, an dem Manne Rabe zu nehmen, der nach seiner Ansicht die Schuld daran trug. Bähr kam zur, so dachte Bähr in seiner Heimat, Vater Wägenbauers. In der Nacht zum 6. August schlich er sich an die Scheune des Wägenbauers, schlug in die Lehmann ein Loch, zündete ein Streichholz an und steckte den Anfaß der Scheune in Brand. Bähr fand jetzt vor dem Richter. Es kam jedoch zu keinem Urteil, da man sich erstens dem Wägenbauers zurechnen, in einer Heilanstalt unterzubringen, um hier die Untersuchung seines Geisteszustandes vornehmen zu lassen.

Dresden. Brandunglück in der Sächsischen Schweiz. In Reinhardttsdorf ging das der Witwe Kind gehörige Anwesen in Flammen auf. Das Feuer war im angebauten Stall zum Ausbruch gekommen. Hausbesitzer vernahm einen Knall. Die an der hölzernen Stiebtreppe angebrachte elektrische Lampe war geplatzt. Eine Stiebtreppe legte die ausgebrannte Decke und das darüber liegende Heu und Stroh in Brand. Mit rasender Schnelligkeit überbreitete sich die Flamme, angefaßt durch heiligen Wind, über die Anwesen, in dem vier Haushaltungen ihr Dasein führten. Während man noch mit der Rettung des Viehes beschäftigt war, hüllten Feuer und Rauch einen das ganze Grundstück ein. Es gelang nur wenig aus den

Ausrichtungen zu bergen. Selbst das Rind verbrannte mit. Dem Brand fiel ein vollständig neue Wägenbauersangehörige eines jungen Ehepaars zum Opfer. Die Freiwilligen Feuerwehren von Reinhardttsdorf und Schöna standen dem Feuer maßlos gegenüber. Einmal handelte es sich um ein Grundstück alter Bauart, dann herrschte auch großer Feuerangst. Die Wägenbauers, Witwe Kind, erlitt vor Schreck einen schweren Herzensanfall und mußte nach Bad Schandau ins Krankenhaus gebracht werden.

Böblingen. Leichflugzeugbau. Durch das Entgegenkommen der Stadt konnte des Staates ist die Umstellung der Leichflugzeugbau Stamm G. m. b. H. in Böblingen eine vollendete Tatsache geworden. Das Anwesen der Leichflugzeugbau G. m. b. H. Feuerbach am Flugplatz entlang der Keuner Straße ist von der Stadt für 50 000 M. gekauft worden. Es wird der Leichflugzeugbau G. m. b. H. gegen entsprechende Bedingungen zur Verfügung gestellt. Mit einem Darlehen von weiteren 50 000 Mark ist der Erweiterungsplan, der unter städtischer Leitung steht, bereits in Angriff genommen worden. Vom Staat ist ein Zuschuß von etwa 70 000 Mark zu erwarten.

Samburg. Zur Strandung des Sappagdamfers „Söck“ teilt die Hamburg-Amerika-Linie mit, daß man die Hoffnung, das Schiff fest zu bekommen, noch nicht aufgegeben habe und die Rettungsversuche fortgesetzt würden.

München. Die Villa Stud verteidigt. Beim Notariat V. von Termin zur Verteidigung der herrlichen Villa Stud, des wahren Paradieses und lebenswerten Hofes des verstorbenen Münchener Malers und Akademieprofessors Franz von Stud an der äußeren Prinzregentenstraße anberaumt. Der Termin hatte das Ergebnis, daß der prägnante Beiß für den Preis von 351 000 Mark von Herrn und Frau Konjul Seilmann erworben wurde. Frau Konjul Seilmann ist eine geborene Stud.

Saarbrücken. Der Typus im Saargebiet. Die Zahl der Typisten im Stadtbezirk Saarbrücken beträgt nunmehr 41. Zwei Erkrante sind gestorben. In der lehrreichen Nachbarschaft wurden in Forbach und in Kleinrotzoll 30 Typusfälle festgestellt, wozu zwei tödlich verliefen. Die Typusepidemie, die seit einigen Wochen Steubens-Salins heimlich, scheint zu erlöschen. Ihr sind Neben Personen erlegen.

Keine Chronik.

Ein Todesopfer einer blutigen Holzstreichfäherer in der Namia. Im Krantenhaus Verdesoden starb der 21 Jahre alte Bergbauarbeiter Michael Dörmann, der bei einer blutigen Holzstreichfäherer in einer Holzwerkstatt, in der Kammer immer verlegt worden war. Die Leiche wurde gerichtlich beschnitten. Der Verstorbenen war einer der bekanntesten und erfolgreichsten Stäcker des Verdesodener Landes.

Erdbeben auf Kamtschatka. Wie aus Moskau gemeldet wird, verzeichnete das Observatorium Julowo bei Petengrad ein starkes Erdbeben, dessen Herd auf Kamtschatka vermutet wird.

Streik der Gemüße- und Dölkseeranten in Neuport. Ein Streik der 20 Neuporter Gemüße- und Dölkseeranten hat begonnen, die die achtstündige Arbeitszeit fordern. Man schätzt die Güter, die hierdurch dem Verderben preisgegeben sind, auf etwa 5 bis 6 Millionen Dollars. Lange Reihen beladener Waggons stehen an den Piers und werden nicht gelöst. Verärrte Holzstreifen verlegen den Durchgangsweg in den Gassen, um Streikenden aufzufallen. Die Staats- und Gemeindevertreter versuchen zu vermitteln, da man um die Versorgung der Neuporter Bevölkerung besorgt ist.

Verhaftung betriebsföhrer Geldleute in Belgien. Drei Geldleute, die Gebrüder Wombel, sind hier verhaftet worden. Ihre Firma vertrieb Petroleum-Produkte und hat jetzt eine Bilanz über einen Verlust von 20 Millionen Mark. Die drei Beschuldigten unterziehen sich an Montagabend, in dem sie für Geldanlagen bis zu 20 v. H. Zinsen anbieten.

Ein Boot mit 23 Arbeitern gesunken. Drei Personen ertranken. In der Nähe von Warshaw wollen 23 Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Boot zu ihrer Arbeit über einen Fluß gehen. Das Boot wurde vom Ufer entfernt begann sich das überlastete leichte Fahrzeug mit Wasser zu füllen und sank in wenigen Augenblicken. Sämtliche Insassen verlor, sich schwimmend an Land zu retten, wobei zwei Arbeiterinnen und ein Arbeiter ertranken.

Feindnahme eines internationalen Hospitales. Der Rigor Polizei ist es gelungen, einen gefährlichen internationalen Hospitales zu verhaften, der sich als Getreide des Finanzministeriums des Völkerrundes ausgab und behauptete, ein Bruder des schweizerischen Bundesrates Wotta zu sein. Die gefälligen Ausweise und das tabellöse Auftreten des Hospitales hatten ihm den Zutritt zu zahlreichen leitenden Behörden, insbesondere zum Finanzministerium, verschafft. Der Hospitales hat es auch verstanden, Beziehungen zu mehreren Bankdirektoren anzuknüpfen. Eine Hausungung in der Wohnung des Hospitales förderte mehrere gefällige Pässe, Stempel, Formulare usw. gutage.

Maria Orska gefunden.

Ins Würzburger Krankenhaus aufgenommen. × Wien, 8. Oktober. Die hiesigen Verwandten der Schauspielerin Maria Orska erhielten heute einen Brief der Nervenabteilung der Universitätsklinik in Würzburg, in dem sie verständigt wurden, daß die Künstlerin seit Mittwoch dort liege. Maria Orska wurde vom Juperionalen Kommando in einem Brief des Wiener Schutzwaches aufgehalten, neben ihr lagen mehrere leere Morphiumampullen. Der Bahnpostbeamten ließ die Schauspielerin, die immer noch bewußlos war, durch Sanitätspersonal in die Klinik nach Würzburg bringen. Dort lag Frau Orska zwei Tage in tiefer Bewußtlosigkeit. Nach und nach beginnt sie zu sich zu kommen, doch ist ihr Erinnerungsgedächtnis noch immer fast zertrübt. Sie ist noch immer nicht in der Lage, eine Schilderung des Vorfalles zu geben. Sie hat nur den Wunsch geäußert, daß man ihre Angehörigen von ihrem Verbleiben verständigen soll. Die Würzburger Nervenklinik teilt noch mit, daß der Zustand der Patientin zwar verhältnismäßig gut sei, es jedoch nicht ratam sei, die Künstlerin in der nächsten Zeit ohne Begleitung reisen zu lassen.

Wo ist Senator Niebour?

Janolge seilischer Niedergelageneit Selbstmord verübt? — Wiesed, 8. Oktober. Hier wird der Senator Niebour vermißt. Entgegen der Annahme, daß dem Senator ein Unfall zugefallen sei, wird jetzt von anderer Seite behauptet, daß Selbstmord vorliege.

Niebour hat im Kriege eine schwere Kopfverletzung erlitten, die ihm durch immer wieder notwendig gewordene Nachoperationen dazu in schämen machte und auch schwere Gefäßstörungen im Gehirn hatte. Seilische Niedergelageneit besiel ihn häufig.

Ein ähnlicher Vorfal soll sich vor wenigen Tagen abgepielt haben. Niebour soll bis spät in die Nacht hinein in fröhlicher Stimmung mit Freunden zusammengewesen sein. Später sei er dann allein nach Hause gegangen und man nimmt an, daß er vielleicht in niedergedrückter Stimmung in die Traue gegangen sein könnte.

Der neueste Flugreford

Coste hat 9610 Kilometer zurückgelegt. × Paris, 8. Oktober. Ein Telegramm des französischen Gesandten in Beijing an den Quai d'Orsay belegt, daß der französische Konjul in Charbin sich nach Tifflit begeben habe, um den französischen Flieger Coste und Bellonte behilflich zu sein, da die Flieger nicht die Erlaubnis hätten, dieses Gebiet zu überfliegen. Beim französischen Gesandten in Beijing traf ein Telegramm der Flieger ein, das folgenden Wortlaut hatte:

„Wir sind am 29. September in einer unbewohnten Gegend der Provinz Selingtingen gelandet, nachdem wir in unbeschwerter Fluge 9610 Kilometer zurückgelegt und darzu sämtliche Stufenweltreorde für Flugzeuge gebrochen haben. Wir brauchen eine Woche, um nach Tifflit zu gelangen, wo wir am 6. Oktober eintreffen.“

Coste und Bellonte sind augenblicklich Gäste des Gouverneurs der Provinz Kirin. Sie beschäftigen, nach Auffüllung von Brennstoff ihren Flug nach Tokio fortzusetzen.

Schwere Sturmschäden in Frankreich . . .

Aus den verschiedenen Gegenden Frankreichs liegen Meldungen über schwere Stürme und Unwettergeschäden vor. Beispielsweise sind in der Gegend von Amiane alle Telegraphen- und Telegraphenleitungen durch die schweren Stürme abgebrochen. Zwei Häuser wurden von den Wellen fernemgen unterpflüßt und stürzten gerade in den Augenblick zusammen, als die Bewohner die Wohnungen verlassen hatten. Eine Eisenbahnlinie wurde durch die Äuften fortgerissen. Der Zugverkehr ist stillgelegt. Der Präkelt hat Pioniertruppen zur Hilfeleistung im Auto abgefaßt.

. . . und an der englischen Südküste.

Ein schwerer Sturm, der zeitweilig eine Geschwindigkeit von 70 Stundenmeilen erreichte, hat an der englischen Südküste schweren Schaden angerichtet. Mehreren Familien aus Wexen, eine sehr große Anzahl Menschen wurde aus Seenot gerettet.

Mutter und Kind.

Jeder Mutter höchster Ehrgeiz möchte es sein, ihr Kind groß zu kennen, kein volles Vertrauen zu besitzen. Aber ihre Hauptpflichten ertraden sich zumeist auf äußerliche Dinge. Daß es lauter gemessen, hübsch geachtet ist, daß es seine Mutter richtig erzieht und seine Schularbeiten gut macht, ist ihnen vor allen Dingen wichtig.

Gewiß, alle diese Sorgen sind vernünftig und von allen diesen äußeren Dingen soll keines vernachlässigt werden. Nur darf darüber des Kindes innere Entwicklung nicht vergessen werden, und all diese äußeren Sorgen dürfen nicht zur Verdrängung werden, wobei des Kindes Seele denn lemmertlich zerlegen müßte. — Körper und Geist, beides bedarf der Pflege. Wagt die Mutter ist die treue, die nur die Rechte des Körpers anerkennt und ihr die sorgfältige Pflege widmet, sondern die, die sich daneben auch um das Seelenleben ihres Kindes tief und eingehend kümmert.

Es ist gar nicht notwendig, daß man kein Kind auf Seelenleben tritt übermüht. Auch dieses alles angestrengte Übermaß ist oft Verdrängung. Aber man muß wissen: des Kindes Seele ist es, mit dem ersten Schritt tun, den die Mutter nicht wissen sollte. Das unbegrenzte Vertrauen seiner Kinder zu besitzen, ist eine Aufgabe, die sich früher der Mühe lohnt.

Wenn man auch Verständnis für die kindlichen Leiden und Freuden hat. Wenn das Kind in seiner Herzensschuld zu seiner Mutter kommt und alles erzählt und berichtet, auch Ungehörigkeiten, dann darf die Mutter nicht gleich mit bösen Worten über das Kind herfallen und es mit Vorwürfen ohne Ende überhäufeln. Die Mutter muß die Offenheit des Kindes würdigen, nicht, indem sie zu allem Ja und Amen sagt, sondern dadurch, daß sie bei dem Kinde in aller Liebe und Güte die Neue über ein begangenes Unrecht zu weden lüdt.

* Das große Los — ein Unglückslos. Das eigenartige Schicksal des Gewinners des großen Loses hat in Breslau großes Aufsehen erregt. Es erinnert an das Unglückslos, das einem Eisenbahnarbeiter in einem kleinen schlesischen Orte vor wenigen Tagen bei Ankauf eines Motorrades erglückte, mit dem er dann in der Tob hurt. Der Konbitreibeber W. wurde in Breslau wegen seines ungeliebten Geschäftes allgemein beneidet. Er galt als ein Glückfisch, denn bei seinen geschäftlichen Unternehmungen blieb der Erfolg nie aus. Von einem W. auch noch das „Große Los“ der höchsten Staatslotterie, das er mit 400 000 Mark ausgegahst erhielt. Die Freude des Gewinners kam keine Grenzen. Er wurde von einem wahren Glückstaumel erfasst und verdrängte seine Konbitore an einen Neffen. Dann wurde eine Wita gekauft, und die Zinsen des abrückbleibenden Geldes sollten dem Glückspil ein geliebtes Auskommen bieten. Herr W. ist ein ruhiges Leben ohne Sorgen und geschäftlichen Kummer vor. Da stellte die Panf unerwartet ihre Zahlungen ein. Die Gläubiger sollen, so heißt es, noch nicht einmal ein Drittel ihres Geldes wiederbekommen. W. hat sich den Verlust so zu Herzen genommen, daß er an einer besigen Herentranfsucht in einer Heilanstalt verarmen liegt.

* Rinkliches Gold . . . aus München kommt die sensationelle Nachricht, daß der dort wogende Schwindler in Untersuchungshaft sitzende Joz. Goldmacher Tausend unter Verwendung vieler Beamter in der Wita gefänglich gefesselt hat. Die Nachricht stimmt nicht wunderbar, aber alles als eine Wita hinzunehmen, wollen wir unserem Leserkreis nicht anraten. Vorläufig möge noch niemand sein Besitz habendes Geld verpfänden.

Die Lehrer der Provinz Sachsen.

Die 55. Haupt- und Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen, dem fast 9000 Lehrer angehören, wurde am 30. September in Magdeburg i. N. eröffnet. Einen feierlichen Empfang durch die Stadtverwaltung und verschiedene internen Veranstaltungen folgte am 1. Oktober die Hauptversammlung, die von etwa 1200 Teilnehmern besucht wurde. In seiner Eröffnungsansprache konnte der Vorsitzende, Herr Rektor Voigt, Magdeburg, zahlreiche Vertreter der Behörden, der Wirtschaft und befreundeter Organisationen begrüßen. Die Begrüßung wurde erwidert von dem Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Herrn Regierungsrat Mintelen, Herrn Vizepräsidenten Hüblich von der Regierung zu Erfurt, Herrn Oberbürgermeister Dr. Neumann-Wülhausen, Herrn Landesdirektor Prof. Dr. Brüggemann, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Bohner, sowie den Vertretern des Pädagogikvereins. Zur Schlußrede stand das Thema: 'Wirtschaft und Schule'. Als erster Redner trug Herr Dr. Klittgen-Greif, Direktor im Landesarbeitsamt Mitteldeutschland. Das Korreferat hatte Herr Mittelschullehrer Schrader, Magdeburg, der die Frage vom Standpunkt des Schülers aus behandelte. Die Ausführungen beider Redner spitzten in folgenden Leitfragen:

1. Wirtschaft und Schule sind Gesellschaftsgebilde — Organfunktionen — volklich-staatliche Gemeinschaft. Sie wirken aber in eigenen Lebensbereichen.
 2. Die gezielte Grenzschärfung zwischen diesen Zweigen gesellschaftlicher Kulturarbeit zu sehen und zu bejahen, ergibt erst die Erkenntnis und Begründung der wechselseitigen Bindungen.
 - a. Die Wirtschaft ermöglicht dem Staate die Errichtung und Erhaltung von Schulen. Sie entnimmt der Schule die für das Leben vorbereiteten Menschen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht. Die Volksschule befähigt durch ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit die Jugend zum Einführen in die Kultur. Sie bereitet das Erleben der Kultur vor, erledigt also den lebensbereiten Menschen.
 - b. Die Wirtschaft verlangt von der Schule, daß sie ihre Bildungsaufgaben durch Einführung in Sinn, Wesen und Bedeutung der Wirtschaft erweitert und ihr geistig und körperlich brauchbare Berufsmaterial liefert. Der Schule werden die Erziehungs- und Bildungsaufgaben durch Artikel 148 der Reichsverfassung bestimmt. In allen Schulen ist stiftliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste deutschen Volkstums und der Völkerverehrung zu erstreben. Die Erziehung zum Gemeinschaftsmenschen und wirtschaftsbereiten Menschen ist damit gewährleistet.
 - c. Von der Wirtschaft muß verlangt werden, daß sie den Menschen, den ihr die Schule bringt, der Volksgemeinschaft als Menschen erhält. Von der Volksschule muß verlangt werden, daß sie im Rahmen aller Schulen ihren eigenen Zweck klar erkennt, Bildungsstätte des wertvollen Menschen zu sein. Die durch die Volksschule gegebene Allgemeinbildung muß Grundfolge für den Aufbau der Berufs- und Wirtschaftsschulen sein können.
3. Wirtschaft und Schule leben und lernen von einander und dienen gemeinsam einem höheren Ziele der volklich-staatlichen Lebensgemeinschaft.

Deutsche Journalisten in Prag.

Dr. Beneš über die tschechoslowakische Außenpolitik. V. Prag, 6. Oktober.

Anlaßlich des Besuchs reichsdeutscher Journalisten bei der Reichsgewerkschaft in Deutschland. Dr. Beneš, Außenminister der Tschechoslowakei, empfing die tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš die Herren, um sich in längeren Ausführungen zu den aktuellen Fragen der Außenpolitik zu äußern. Im Namen der Reichsgewerkschaft dankte Vizepräsident Dr. Sauer für den Empfang. Dann sprach in zusammenhängender Rede anschließend auf Grund einer Reihe an ihm gestellter Fragen der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš.

Er begrüßte es, daß dieser Besuch dazu beitragen werde, daß man in Deutschland die Tschechoslowakei besser kennenlerne, und daß vor allem der deutschen Presse Gelegenheit gegeben werde, Beziehungen zu den Politikern zu gewinnen. Er sei stets Anhänger einer demokratischen Friedenspolitik gewesen. Nach längeren Ausführungen zur allgemeinen Außenpolitik der Tschechoslowakei kam Dr. Beneš auf seine vielfache Zusammenarbeit mit Dr. Stresemann zu sprechen und betonte, daß er von sehr vollem Verständnis sowohl für die menschlichen Eigenschaften Dr. Stresemanns, wie auch für seine schwierige innen- und außenpolitische Lage gehabt habe, und erwiderte die Entwicklung der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis zum Tode Jinniches der tschechischen Linie eine. Dr. Beneš' Außenpolitik seien die Beziehungen zu Deutschland für ihn stets sehr wichtig gewesen, und er stelle mit Befriedigung fest, daß es in den 11 Jahren seiner Außenpolitik seinen einzigen wirklich enigen Streitfall zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reiche gegeben habe. Zu der Frage der allmählichen Einrichtung eines neuen Europa unter Beilegung der Zollmauern müsse man langsam und Schritt für Schritt vorgehen.

Minderheiten- und Anschließfrage.

Beneš befaßt sich die Frage der Minderheiten, und es felle ihm schwer, in diesem Augenblick des Wahlkampfes davon zu sprechen. Er habe seinen Standpunkt in Minderheitenfragen seit der Zeit seiner literarischen Tätigkeit vor dem Kriege nicht geändert. Reicht sei man im Prinzip einzig: ein Eintreten in praktische Verhandlungen beweise aber stets, das größte Schwereitste sei die Befähigung. Zum Beispiel lasse sich immer entscheiden, ob die durch die Friedensverträge zum Minderheitenschutz gezwungenen Staaten anders handeln sollten als die übrigen europäischen Staaten mit Minderheiten. Ihm schein es logisch, daß gerade die durch Verträge nicht geschützten Minderheiten einen besonderen Schutz des Völkerbundes genießen.

Zur Frage des wirtschaftlichen Österreichs an Deutschland wolle er sich nicht äußern. Es sei bekannt, daß er ein Gegner dieses Anschlusses sei. Seine Gegnerschaft ohne Anlaß zu äußern, wolle er aber vermeiden, um die guten Beziehungen zu Deutschland und zu Österreich nicht zu stören. Eines müsse man für die Tschechoslowakei bedenken: Ohne Österreich sei die Tschechoslowakei mit 20 v. S. der Gesamtbevölkerung und nur mit 10 v. S. der Gesamtfläche an Deutschland gebunden. Im Falle eines Strettes, bei einer Einigung dieser beiden Staaten, habe die Tschechoslowakei Schwierigkeiten bezüglich 60 v. S. ihrer gesamten Außenhandelslebensnotwendigkeiten zu gewährleisten.

Am Namen der reichsdeutschen Journalisten dankte Vizepräsident Klüss von 'Dormitz', Berlin, für die durch den Empfang geschaffenen Informationsmöglichkeiten.

Verlängerung des Mittelkanals durch Berlin.

Berlin, 9. Oktober. Am Berliner Rathaus trat ein Stadterobernenausschuß zusammen zur Durchberatung der Magistratsvorlage wegen Übernahme einer Zwangsgarantie für die Vollendung des Mittelkanals durch Berlin. Nach kurzer Erörterung und Berichterstattung wurde die Magistratsvorlage vom Ausschuß angenommen und soll nunmehr dem Plenum der Stadterobernenausschüsse vorgelegt werden.

Größbankfusion und Arbeitsministerium.

Berlin, 9. Oktober. Am Reichsarbeitsministerium fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Brüggemann eine Verhandlung der Angehörigen der Reichsbank über die Folgen des Bankensammenschlusses statt. Dabei wurde eine Ueberstimmung erzielt über die Forderungen der Angehörigen, über die nunmehr Verhandlungen mit den Bankdirektionen eingeleitet werden.

Riesendeckel des Landesarbeitsamtes Nordmark.

Hamburg, 9. Oktober. Das Landesarbeitsamt Nordmark schloß, das zweite Jahr seines Bestehens bei 82 Millionen Mark Ausgaben und 52 Millionen Mark Einnahmen also mit einem Fehlbetrag von rund 26 Millionen Mark ab. Damit steht das Landesarbeitsamt Nordmark bedeutend über dem Leistungsbereich der übrigen Landesarbeitsämter des Reiches.

Strefemannstraße.

Saarbrücken, 9. Oktober. Die Landrats-Fraktion der deutschen (saarländischen) Volkspartei hat den Antrag gestellt, eine anscheinliche Straße in Saarbrücken in Strefemannstraße umbenennen.

Schweres Handgranateneinwurf in Polen.

Kattowitz, 9. Oktober. Das Dorf Komore in den Winkla-Kümpfen, die während des Weltkrieges von den Truppen häufig umkämpft waren, bildete den Schauplatz einer furchterlichen Tragödie. Kinder im Alter von 3 bis 8 Jahren fanden an den früheren Schlachtfeldern in der Nähe des Flusses Strumin eine Handgranate. Die Kinder brachten die Handgranate nach Hause und boten den 18jährigen Knecht, die auseinander zu nehmen. Während dieser mit der Handgranate herumhantierte, umstand ihn eine Anzahl Kinder, um ihm dabei zuzusehen. Plötzlich explodierte die Handgranate. Der Knecht, sowie fünf Kinder waren auf der Stelle tot, 3 Kinder hatten noch einigen Minuten unter unheilbaren Schmerzen. Die Beerdigung der unglücklichen Opfer gestaltete sich zu einer Kundgebung, an der die Bewohner des ganzen Kreises teilnahmen.

Zurück! Dr. F. Becker,
Radargut für Augenkrankheiten.
Naumburg-Saale, Markt 14.

Grosswangen
Zur Kirmes, Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Oktober ds. Js., sowie zur Kleinkirmes, Sonntag, den 20. Oktober ds. Js.

Ballmusik
Es ladet freundlichst ein Bruno Stops.

Küche und Keller bieten das Beste.

Hast du ein Ziel vor Augen?



Spare, dann schaffst du es sicher!

Spare minderbiliger bei der Stadt-Sparkasse Nebra a.

Photograph BACH
Reinsdorf b. Vitzsburg
empfiehlt sich für
photograph. Aufnahmen
jeder Art.
Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197

Der Jungdeutsche
Tageszeitung für Volkskraft und Standesethik.

Der „Jungdeutsche“ ist ein Gesinnungsblatt, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organisierten Volkstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft.

Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Verfallende Elit und seine Folgen werden im „Jungdeutsche“ mit besonderer Schärfe geführt.

Der „Jungdeutsche“ vertritt über einen großen eigenen Nachrichtendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insbesondere die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Blätter kommentiert.

Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Tageszeitung der bündischen Bewegung über eine ständig folgende Leserschaft sowie über eine außerordentlich große Verbreitung in über 5000 Postorten. Er ist deshalb ein besonders wirksames Infektionsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 RM, ausschließlich Postbefreiung.

Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Walter Meitz's Monatshefte

Jahresheft zu 60 Pf.

Noch schöner! Noch reichhaltiger! Noch billiger!

Mit der Zeitschrift „Wiederemanns Monatshefte „Jahresheft“ ohne Erhöhung des Bezugspreises!

Ein Probeheft kostenlos! Wir ermöglichen es Ihnen, durch Lieferung eines Probeheftes die schöne Schriftart, die untere Schriftart, kennen zu lernen, wenn Sie die Zeitschrift an uns einschicken und so Dr. Meitz befragen.

„Wiederemanns Monatshefte“ sind in ihrem Inhalt, ihrer Ausstattung und Gebrauchsbequemlichkeit überaus nicht zu überbieten.

„Wiederemanns Monatshefte“, die Zeitschrift der Weltliteratur, der geistigen Kultur, die mit dem Schicksal von 1914, sie billigte über drei Seiten beginnt der 74. Jahrgang, 20 Seiten mehrwert geben. Schenken Sie Monatshefte in Wiederemanns Monatsheften auf.

Von: Die Katalische „Der Regenbogen“ Verlag von „Wiederemanns Monatsheften“, Braunschweig

Ein möbl. Zimmer zu vermieten
Neue Reihe 17 a.

Ehrenerklärung!
Die Beilegung gegen Herrn Stark Balbis in Nebra nehme ich erneuelt zurück.

Gertrud Magdjug,
Memleben.

Donnerstag und Freitag
W. Zeitbücklinge
Wwe. Meitz.

Marinierte Heringe
— in bekannter Güte —
à Stck. 15 Pfg. — empfiehlt
Ww. Meitz.

Bindfadenverkaukskasten,
bid, mittel, dünn und fein für Haushalte, Papier, Briefen u. Offiziersverpackungen. Maßverhältnisse: 10x10 cm, 8x8-5/8 mm Kasten, wie Sie ihn brauchen.
Haupfimmerer in Wolfenden, Holfstadt 32.

Spickarten
empfiehlt
Walter Scharf.

Leipziger
Tagesauflage über
Neueste
180.000
Nachrichten

Größte, bedeutendste, einflussreichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands.

Das erfolgreichste Anzeigenblatt
Probierenum kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Petersteinweg 19

Neurader Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
 Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
 Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
 Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
 Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 120.

Donnerstag, den 10. Oktober 1929

42. Jahrgang

Das Kapital der Weltbank.

Wo wird sie ihren Sitz erhalten?

Baden-Baden, 9. Oktober.

Die Richtlinien für die Weltbank für internationale Zahlungsausgleich sehen ein Kapital im Gegenwert von 100 Millionen Dollar vor. Die Tagung hat diese Höhe jetzt ohne Ausprägung angenommen. Es entspann sich dagegen eine Debatte darüber, ob die sieben an der Gründung der Weltbank beteiligten Notenbanken ohne weiteres gemeinsam die Garantie für dieses Kapital übernehmen sollten und damit die Gründung als solches angenommen werden sollte oder ob jede einzelne Notenbank die Garantie lediglich für den dem einzelnen Lande aufzuführenden Teil übernehmen sollte.

Hieran knüpft sich die Frage der Unterstufung auf den einzelnen Aktien, ob alle sieben Notenbanken diese Unterstufung leisten sollten oder nicht. Weiter ergibt sich die Frage, wer die Garantie für die bis zur Höhe von 44 Millionen Dollar in anderen Ländern aufzuführenden Aktien zu übernehmen habe. Alle diese Fragen blieben noch offen.

Es besteht demnach die Absicht, zunächst die mehrteiligen und in fünf Jahren in fünf Raten zu erledigen. Man glaubt, hierzu auch kommen zu können, ohne die Frage des Sitzes der Weltbank (eines der Kernpunkte) zu erörtern. Die Statuten müssten dann später den Sonderbestimmungen des betreffenden Landes angepaßt werden.

Dreißigste Parlamentsarbeit.

Steuerfragen im Landtagsausfluß.

Berlin, 9. Oktober.

Der Hauptausfluß des Preussischen Landtages beriet die Steuerordnungen über die Grundvermögenssteuer, die Grunderwerbsteuer und die Gewerbesteuer.

Das neue Steuerprogramm wird erst Ende November oder Anfang Dezember zusammen mit dem Haushalt vorgelegt werden, nicht schon mit der Festlegung des Finanzplans. Desingnationale Anträge auf Steuerermäßigung im Falle höherer Beschäftigung und auf Niederlegung der Gemeinderatsämter bei Wohnungseigentümern und Ehedienstleistungen fanden Aufnahme. Ebenso wurde der Antrag angenommen, wonach die Zuschläge der Grundvermögenssteuer (soweit auf wirtschaftlichen wie auch auf bebauten Grundflächen gleichmäßig erhoben und rückwirkende Befreiungen auf Erhöhung der Grundvermögenssteuer unterbunden werden sollen.

Soweit die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer 100 v. H. übersteigen und demgemäß in der gesetzlichen Höhe nicht enthalten sind, sollen sie gestundet und niedriger als Wert werden, wenn nicht Stundung und Niederlegung infolge Verlebens ohne Verschulden des Steuerpflichtigen erfolgt. Die Steuerordnung fand schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien Annahme.

Die Ansicht des Zentrums.

Präsident Kaas über Stresemanns Nachfolge.

Köln, 9. Oktober.

Im weißen Saal der Bürgergesellschaft fand die Herbsttagung des Provinzialparlamentes der rheinischen Zentrumspartei statt. Die „Königliche Volkszeitung“ berichtet aus der internen Sitzung: Die Tagung war von dem Tode Stresemanns überstrahlt. Dies kam nicht nur in den warmen Worten aufrichtiger Teilnahme und Trauer zum Ausdruck, die Justizrat Mönning und Präsident Kaas dem hohen Entschlafenen widmeten, sondern auch in dem Umstand, daß die vorgelebte Tagesordnung eine Minderung erfuhr. Das Referat des Reichstagspräsidenten Dr. Brüch über den Programm und Weltprogramm fiel aus. Es sprach daher an Stelle von Dr. Brüch Reichstagspräsident Ester und Reichstagsabgeordneter Joss, während das Schlußwort der Parteivorstand, Präsident Kaas, selbst übernahm. Hierbei freilich Präsident Kaas

die Frage der Nachfolgerschaft Stresemanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Da in der Öffentlichkeit aus sein Name genannt worden war, ging er mit einigen Bemerkungen darauf ein und erinnerte an seine Worte auf der Wiener Zentrumsversammlung vom Frühjahr dieses Jahres, daß er es sich zur Aufgabe gesetzt habe, den Topf des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszuwühlen.

Er habe damals schon mit aller Klarheit herausgestellt, daß für ihn als Parteiführer die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage komme.

Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Lücke, die Stresemanns Tod geschaffen habe, sei groß, und vielleicht sei es innerpolitisch größer als außenpolitisch. Deshalb wolle das Zentrum bei der endgültigen Besetzung des verwaisten Außenministeriums — mit welcher Person, lasse er ebenso ganz dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewürde für den inneren Bestand des Kabinetts in seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben lösen.



Farbprüfungen des photographischen

ist besonders hervorzuheben: Der Reichsparlament der Deutschen Demokratischen Partei stimmt die Reichsregierung, auf die deutsche Reichsregierung einzurufen, daß sie, entsprechend der Entschließung des Reichstages, bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklich dafür einsetzt, daß der Entwurf des Reiches auf die deutsche Reichsbahn weitgehend verstaatlicht und seiner Bindung angelehnt wird, die dieser im Interesse des Volksgutes zu erhebender Förderung entgegensteht.

Die Freigabe der überflüssigen Requisitionen ist eine wichtige Voraussetzung für eine völlige und dauerhafte Beseitigung zwischen Deutschland und England.

Die Deutsche Demokratische Partei hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirtschaftliche und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollstrafen abzurufen und die Handelsverträge aufzuheben.

Die Deutsche Demokratische Partei begrüßt den Beschluß des Reichstages vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote.

Was wir leisten und die anderen . . .

Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 9. Oktober.

Aus einer Darstellung, die das Reichsarbeitsministerium über den gegenwärtigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung gab, geht hervor, daß durch die neuen Bestimmungen der jährliche Fehlbetrag im günstigsten Falle um 100 Millionen Mark vermindert wird. Da der Fehlbetrag bisher rund 280 Millionen betrug, so bleibt noch ein Fehlbetrag von 180 Millionen.

Es gibt in Deutschland 17 Millionen Versicherungs-pflichtige (in England 12, in Rußland 11, in Italien 3,5). Die Einnahmen der für die Versicherung in Betracht kommenden Anstalten belaufen sich in Deutschland im letzten Jahre auf 855 Millionen Mark (in England 860, in Rußland 110, in Italien 40 Millionen Mark). Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung betragen im letzten Jahre in Deutschland 1065 Millionen Mark (in England 1000, in Rußland 250 Millionen Mark, Italien unbekannt). Unterzogen wurden aus diesen Beträgen in Deutschland im letzten Jahre 1,3 Millionen Arbeitslose (in Rußland von 1,4 Millionen Arbeitslosen nur die Hälfte). In Deutschland erhält ein Arbeitsloser monatlich 67 Mark (in Rußland bestenfalls 36 Mark).

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft auch die höheren und leitenden Angestellten bis zur Gehaltsgruppe von 8400 Mark in die Versicherung mit einzubeziehen müßten.

Arbeiterfiskus bei Reichsbahn-Bauten.

Schwerlastige Differenzen.

Berlin, 9. Oktober.

Der Preussische Volkswohlfahrtsminister hat in einem Entschluß mitgeteilt, daß mit dem Reichsbahn-Gesellschafts-Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit der preussischen Polizeiverordnungen beruhenden Verzögerungen über den Arbeiterfiskus bei Bauten der Reichsbahn bestehen. Die Deutsche Reichsbahn behauptet, daß die

Es ist bestimmt kein schönes Schauspiel, daß die Reichsbahn sich von der Polizei in Etate nehmen lassen will, anstatt die Vorschriften über Arbeiterfiskus zu beachten.

preussischen Polizeibehörden nicht befugt seien, durch Polizeiverordnungen mit Wirkung für die Reichsbahnbauten Arbeiterfiskusbestimmungen vorzuschreiben. Der Minister für Volkswohlfahrt bezieht in Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe diese Auffassung. Derartige Polizeiverordnungen hätten auch Wirkung für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

In einigen Fällen sei bei ihm, Birtfelder, Klage geführt worden, daß bei Reichsbahnbauten nicht den preussischen Vorschriften über den Schutz der Arbeiter auf Bauten (insbesondere beim Gerüstbau) Rechnung getragen worden sei. Ebenso wie in Verträgen anderer Unternehmer müsse auch diesen Verträgen auf Grund der preussischen Rechtsauffassung entgegengetreten werden. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft will die Meinungsverschiedenheiten in einem Streitverfahren zur höchstgerichtlichen Entscheidung bringen. Deshalb empfiehlt der Minister, falls tunlich, in solchen Fällen die Anwendung einer polizeilichen Strafvorschrift.

Mammuthbank macht Schule.

Der Wiener Bankensammelschub.

Wien, 9. Oktober.

Dem Juliensbeispiel der Berliner Großbanken ist jetzt auch Wien gefolgt, wo die beiden größten Kreditanstalten Deutsch-Oesterreichs sich zusammenschließen beabsichtigen. Die Durchführung des Zusammenschlusses der beiden Wiener Großbanken auf Grund eines Korporationsguts gilt als vollkommen gesichert. In einem der nächsten Tage wird der Verwaltungsrat der Kreditanstalt die notwendigen Beschlüsse fassen. Die Geschäfte der Bodenkreditanstalt werden unter Garantie der Kreditanstalt fortgeführt. Die Kreditanstalt dürfte ihr Kapital um 20 bis 40 Millionen Schilling erhöhen. Davon werden etwa 11 Millionen Aktien zur Durchführung des Aktienausstausches mit der Bodenkreditanstalt notwendig sein. Die Kapitalerhöhung wird durch eine Gruppe erfolgen. Ferner werden schon in der nächsten Zeit neue ausländische langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Inzwischen der beiden Industriegruppen, die durch den Zusammenschluß der beiden Großbanken zusammenfassen, dürfte eine Reihe von Zusammenlegungen zusätzlicher Unternehmungen der gleichen Art stattfinden. Dies gilt für die Automobilindustrie, die Lokomotivindustrie sowie für die Metallraffinerieunternehmen. Unter den Großaktionären der Bodenkreditanstalt befinden sich zahlreiche Ausländer, darunter vor allem die großen Finanzgruppen Morgan, Schröder, Soloway. Großaktionär ist aber auch der österreichische Postsparkasse, die ihren einzigen Besitz an Aktien der Unionbank gegen etwa 170 000 Bodenkreditaktien eingetauscht hat.

Die Aktien notieren zur Zeit der Übernahmemaßnahme 1927 etwa 144 Schilling. Sie sollen auf ein Zehntel erhöht werden. Die „Neue Freie Presse“ glaubt zu wissen, daß der Entwertung dieses Aktienpakets, soweit dies durch die letzten Ereignisse bedingt ist, durch entsprechende Maßnahmen begegnet werden soll.

Macdonald in Amerika.

Die waldpolitische Bedeutung des Besuches.

Newport, 8. Oktober.

Der englische Premierminister ist nach dem begeistertsten und lärmenden Empfang, mit dem er in Newport begrüßt wurde, alsbald nach der Bundeshauptstadt weitergereist und hat sofort seinen Antrittsbesuch bei dem Präsidenten Hoover gemacht. Für die vertrauliche Aussprache

zwischen den beiden leitenden Staatsmännern der großen anglo-amerikanischen Welt ist aber selbst die feierliche Ruhe Washingtons noch nicht hell genug, denn Präsident Hoover hat seinen Gast sofort auf seinen Wohnsitz eingeladen, wo er mit Macdonald dem Angelposteur huldigen will. Man erinnert sich, daß dieses Vergnügen eine Lieblingsbeschäftigung mehr als eines Staatsmannes anglo-amerikanischer Herkunft ist, und man weiß, daß die Köpfe, die sich bei dieser Beschäftigung austauschen, nebenbei

feineswegs immer die wichtigsten politischen Gedanken zutage gefördert und in die Tat umgesetzt haben. Die Wohnunterhaltung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Ministerpräsidenten wird, so sehr sie die Stille lockt, alles andere zur Folge haben, als eine politische Geheimabmachung oder eine politische Entscheidung.

Der Führer der englischen Arbeiterregierung hat, wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch bei seiner Sendung in Newport erklärt, daß er die Aufgabe zeitgemäß internationaler Politik nicht in der Vereinbarung von Bündnissen zwischen einzelnen Staaten sehe, sondern in der Zusammenfassung aller politischen Kräfte der politischen Welt für die Sicherung des internationalen Friedens und der friedlichen, freundschaftlichen Entwicklung.